

Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 164 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem die L 263 Wallersee Landesstraße als Landesstraße aufgelassen wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 30. November 2011 in Anwesenheit der Experten Hofrat DI Heimer (Fachabteilung 6/2, Straßenbezirk 1) sowie Mag. Plath (Referat 7/04, Bau-, Feuerpolizei und Straßenrecht) geschäftsordnungsgemäß mit der zitierten Vorlage der Landesregierung befasst.

Die vorliegende Vorlage wurde unter einem mit der Vorlage der Landesregierung betreffend die Übernahme des Güterweges "Kreuzberg" als Landesstraße II. Ordnung verhandelt.

Zu diesem Gesetzesvorhaben kann aus den Erläuterungen allgemein Folgendes festgehalten werden:

Nach der Eröffnung der Umfahrung Henndorf hat die L 263 Wallersee Landesstraße ihre Bedeutung für den öffentlichen Verkehr im Land Salzburg verloren. Sie soll daher als Landesstraße aufgelassen werden. Die bestehende Straße wird von der Gemeinde Henndorf am Wallersee als Gemeindestraße weitergeführt. Die für das Landesstraßenwesen zuständige Abteilung 6 des Amtes der Landesregierung hat dazu das Einvernehmen mit der Gemeinde hergestellt. Im Übrigen wird auf die weiteren Erläuterungen und den Gesetzestext in der Vorlage der Landesregierung (Nr 164 der Beilagen) verwiesen.

Die Mitglieder des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses kommen einstimmig zu der Auffassung, dem Landtag die Beschlussfassung der Vorlage der Landesregierung zu empfehlen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen – sohin einstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Nr 164 der Beilagen enthaltene Gesetz wird mit der Maßgabe zum Beschluss erhoben, dass in § 2 das Datum des Inkrafttretens 1. Jänner 2012 lautet.

Salzburg, am 30. November 2011

Der Vorsitzende:

Kosmata eh

Der Berichterstatter:

Dr. Schöchl eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 14. Dezember 2011:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen – sohin einstimmig – zum Beschluss erhoben.